

„Unsere Herkunft ist unterschiedlich,
unsere Zukunft ist gemeinsam“:
Landesbewusstsein und politische Kultur

Ulrich von Alemann

Nüchtern und ohne Leidenschaft:
Ein Land hat sich gefunden

I.

Wenn wir uns auf die Suche nach der Identität von NRW machen, müssen wir uns zuerst vergewissern, was wir eigentlich suchen wollen. Was ist Identität? Und damit sitzen wir schon mitten in den Nesseln des Begriffsstreits. Denn es gibt eine anschwellende Flut, eine Inflation der Beschäftigung mit „Identität“, die in den letzten Jahren den Buchmarkt und die Akademien, die Feuilletons und die Seminare überschwemmt. Es sei ein Schlüsselwort der politischen und kulturellen Semantik, heißt es. Schlüsselbegriff klingt immer gut. Aber wer entscheidet das? Und was erschließt sich daraus? Man kann „Identität“ ebenso gut einen Plastikbegriff, ein Gummwort nennen: dehnbar, knetbar, unverrottbar.

Ein paar Klicks auf der Computermaus und schon huschen die Titel der Düsseldorfer Universitätsbibliothek über den Bildschirm – nur für 1999: Räume der Identität, Identität der Räume, Minderheiten und Identität in der multikulturellen Gesellschaft, Identität und Interesse, Sprache, Identität und Kultur, Identität im Zweifel, Identität und Bildung, Kultur-Identität-Europa, Regionale Identität im global village, Deutsche Identität, Moralische Identität, Kulturelle Identität, Chance: Identität, Personale Identität, Kollektive Identität, Heterotopien der Identität und so weiter und so fort.

Das ist die Spannweite, mit der wir es zu tun haben. Das Grimmsche Wörterbuch kannte übrigens den Begriff noch nicht, ebenso wenig wie den des Landesbewusstseins. Damals sprach man noch eher von Nationalbewusstsein, Vaterland, Heimat, Patriotismus. Kein konservativer Politiker musste sich hinter der schein schönen oder auch scheinheiligen Begriffshülse der „Leitkultur“ verstecken. Dass es Grundwerte in einem Verfassungskonsens gibt, die gemeinsam zu

achten sind, dass es eine politische Kultur in Deutschland gibt, die gewachsen ist, ist völlig unstrittig. Wenn aber in der politischen Auseinandersetzung mit einem feuilletonistischen Begriff in Wirklichkeit an fremdenfeindliche Ressentiments appelliert wird, wie im Herbst 2000 in der Leitkultur-Debatte durch führende Unionspolitiker, ist dies die eigentliche Heuchelei.

Zurück zur Identität. Lutz Niethammer mokierte sich kürzlich über diese Begriffsinflation und trägt doch selbst dazu bei mit einem 679-Seiten-Werk mit dem Titel: „Kollektive Identität“ und dem Untertitel: „Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur“. Keine Angst – ich will kein Ritter dieser unheimlichen Konjunktur werden, Leserinnen und Lesern keinen Seminar-Diskurs über die „Heterotopien der Identität“ zumuten, sondern ich werde einfach nur einige Überlegungen zur Identität und zum NRW-Landesbewusstsein anstellen.

Wenn die individuelle Identität die Ich-Stärke ist, dann ist die kollektive oder auch regionale Identität die Wir-Stärke, das Wir-Gefühl. Um zum Ich zu finden, muss man sich abgrenzen, zu sich selbst finden, eine Persönlichkeit, und damit ein Einzigartiges, Besonderes werden. Um als Wir zu fühlen, muss man eine Besonderheit haben, ein Gemeinsames, etwas was andere nicht haben, durch das man sich unterscheidet. Bei der nationalen Identität ist dies schwierig genug zu bestimmen: Sprache vorneweg, Kultur, Geschichte, Tradition; Schicksalsgemeinschaft – da wird es schon heikel.

Bei der regionalen Identität ist das noch viel schwieriger. Viele regionale Identitäten definieren sich ethnisch: die baskische, bretonische, korsische. Sicher nicht die bayerische, denn die Franken und die Oberpfälzer oder die Bodenseeschwaben gehören auch dazu. Hermetische ethnische Identität will oft mehr als Autonomie, will Exklusion und Separatismus. Negative Formen der Identitätspolitik sind deshalb eine potenziell explosive Kraft. So warnte jüngst der UNO-Generalsekretär Kofi Annan: „Eine negative Politik der Identität führt zur Verteufelung der Anderen, egal ob ethnische Gruppen, Religionen oder Nationalitäten.“ (1997, zit. nach Niethammer 2000, S. 11).

Identität mag also ein Schlüsselwort sein, aber es ist kein Schmusebegriff. Er hat Untiefen, die in Gefahrenzonen weisen. Auch Europa ist auf der Suche nach seiner Identität. Alle sind sich einig, dass eine erfolgreiche, funktionierende, demokratische europäische Integration nur mit einem europäischen Publikum, einer Öffentlichkeit, die auch europäisch denkt und schreibt, verwirklicht werden kann. Aber *arte* und *lettre* allein werden das wohl nicht bewirken. Es gibt manche Parallelen zwischen der Suche nach einer europäischen Identität über dem Nationalstaat und der regionalen unterhalb des Nationalstaates. Beiden ist gemeinsam, dass eher an eine Pluralität von Identitäten, horizontalen und vertikalen, gedacht werden muss, als auf das eine, einheitliche Bewusstsein zu setzen. Solche Identitäten werden immer im Fluss sein, sind nie sta-

tisch. Und deshalb werde ich jetzt einen Blick zurück werfen auf dieses Land zwischen den Flüssen Rhein und Weser, auf das Werden von NRW.

II.

Eher unfreiwillig haben sich Rheinländer und Westfalen 1946 auf die „operation marriage“ eingelassen (vgl. zum Folgenden v. Alemann/Brandenburg 2000). Eine Ehe, gestiftet von den britischen Besatzern – sie prägten auch das Codewort –, die sich im Laufe der Jahrzehnte erstaunlich gut gehalten hat. Ein Land hat sich gefunden. Aus dem künstlichen Bindestrichgebilde, das die Briten am Reißbrett schnell zusammengeklammert haben, ist eine europäische Kernregion erwachsen. Das Land NRW ist erwachsen geworden. Aber an seiner Wiege wurde ihm kein Eiapopeia gesungen. Die britische Zone umfasste den größten Teil der westpreußischen Länder: Preußen als Hort des Militarismus galt es gemäß dem Potsdamer Abkommen zu zerschlagen. Also viele kleine Länder, wie der Chef des German Control Office zunächst vorschlug, zumindest ein Land Rheinland und ein Land Westfalen? Heikel war das Ruhrgebiet dazwischen. Alle Alliierten warfen ein Auge darauf, galt es doch mit seiner Schwerindustrie als Rüst(ungs)kammer. Gerade Franzosen und Russen wollten ein internationales Ruhrregime und die Kohle- und Stahlproduktion begrenzen. Der britische Labour-Außenminister Ernest Bevin plädierte für Produktionsexpansion. Als Ex-Gewerkschaftsführer wollte er Produktion statt Protektion. So entstand das Land Nordrhein-Westfalen mit dem montanen Kern und einer breiten und weichen agrarischen Schale rundherum.

Aber die Ruhrfrage blieb weiter mit einem großen Fragezeichen versehen. Auf der Sechsmächte-Konferenz in London 1948 erreichten die Franzosen, dass ihre Zustimmung zur Gründung der Bundesrepublik an ein Ruhrkontrollsystem geknüpft wurde. Sie dachten noch immer in der alten Gleichung: Schwerindustrie heißt Kriegspotenzial. Das „Ruhrstatut“ vom Dezember 1948 schuf eine internationale Ruhrbehörde, die Kohle- und Stahlproduktion kontrollieren sollte. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte mit Empörung darauf. Besonders angesichts von Demontagen begehrte die Arbeiterschaft auf. Erst 1951 gab man diese Eingriffe durch die Errichtung der Montanunion auf: Die Kohle- und Stahlproduktion wurde nun auf europäischer Ebene geregelt – mit Deutschland als gleichberechtigtem Partner. Die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) war die Geburtsstunde für eine künftige supranationale Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Das heißt: Die EU wurde in NRW geboren. Kreißaal war das Ruhrgebiet. Ganz einfach. Aber: Wer weiß das schon?

Rheinländer und Westfalen haben damals sicher selbst nicht gemerkt, wie wichtig sie als Geburtshelfer Europas waren. Es gab ja so viel zu tun. Es tat Not, die schlimmsten Mängel der Ver-

sorgung zu beheben, eine örtliche Verwaltung aufzubauen; die Unterversorgung mit Nahrungsmitteln und Wohnraum, die drückende Problematik der Flüchtlingsströme, drohende Epidemien oder eine Korruption der Moral durch aufblühenden Schwarzmarkt wollte man in den Griff bekommen. Da konnte man sich nicht auch noch darum kümmern, dass gerade das neue Europa aus der Taufe gehoben worden war. Durch die Verordnung der Militärregierung Nr. 77 vom 21. Januar 1947 erhielt das Land Nordrhein-Westfalen seinen Namen und seine heutige Gestalt. Neben der ehemaligen preußischen Provinz Westfalen und dem Nordteil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz kam wenig später noch das kleine Land Lippe dazu, dessen legendärer listiger Landespräsident Drake auch mit Niedersachsen geliebäugelt, aber dann in NRW das bessere Angebot erhalten hatte.

Die Engländer hatten in der Eile dem Namen keine große Bedeutung beigemessen. „Nordrhein“ war kein glücklicher Griff. Keine Landschaft heißt so und erst recht will niemand „Nordrheiner“ heißen. Das klingt irgendwie kalt. Umstritten wurde der Name erst mit einiger Verzögerung, als man merkte, dass die Provisorien der Nachkriegszeit dauern könnten. „Bindestrichland“ wurde herablassend gesagt, die Fremdbestimmtheit durch Besatzungsrecht wurde gespürt. Den einen, den Westfalen, war die Namensdebatte, die bis in die 60er Jahre hinein geführt wurde, ziemlich schnuppe, solange man den zweiten Namensteil beließ. Aber bei den anderen, den Rheinländern, stieß Ministerpräsident Franz Meyers auf reges Interesse, als er mit einem Vortrag im November 1963 die Bevölkerung aufrief, Vorschläge zum Landesnamen einzureichen. Die Ideen sprudelten reichlich, sie reichen von „Rheinfalen“ über „Westfranken“ bis zu „Frankosachsen“ oder „Sachsofrankonien“. Origineller war da schon der Vorschlag, die Wirtschaftskraft zu nominalisieren: „Montana“ solle das Land heißen. Montana klingt gut: Kohle und Stahl wären in dem Namen genauso präsent wie die Wälder des Bergischen Landes oder der Eifel. Aber die Macht der Gewohnheit ist der Feind von Innovation. Und so blieb es bei Nordrhein-Westfalen und die Kurzform NRW bürgerte sich ein, ja, der Name NRW wurde wortwörtlich durch Bürgerinnen und Bürger geprägt, denn die Behörden verteidigten lange mit Klauen und Zähnen ihre amtliche Abkürzung NW.

Die Fahndung nach einem Namen verrät ein Land auf der Suche nach Identität. Hat Nordrhein-Westfalen ein solches Wir-Gefühl? Sicherlich nicht von Anfang an. Die Herausbildung einer Identität, einer Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Land, verlangt Zeit und Geduld. Es ist ein zartes Pflänzchen. Wie leicht hatte es da ein Land wie Bayern! Es hat ein intaktes Landesgebiet mit in Jahrhunderten gewachsener Tradition geerbt. Dabei ist das Land keineswegs homogen. Die Franken, die Oberpfälzer oder die Bodenseeschwaben bewahren alle ihre Teilidentitäten. Trotzdem gibt es ein pralles Wir-Gefühl. Das Bindestrichland hatte damit

lange seine Probleme, sogar Komplexe gegenüber den Bundesländern im Süden, wo sogar ein anderes Bindestrichland, Baden-Württemberg, erfolgreicher alle Krisen zu meistern schien.

Der größte Schriftsteller aus Nordrhein-Westfalen, der Kölner Heinrich Böll, sprach von NRW als dem „Traumland, dessen Häßlichkeit Größe hat“. Das war nun nicht gerade der Stoff, aus dem Mythen geschneidert werden. Trotzig beharrt etwas näher zur Gegenwart Herbert Grönemeyer darauf: „Tief im Westen, da wo die Sonne verstaubt, ist es viel besser, viel besser als man glaubt.“ Auch ex negativo lässt sich Identität begründen, ähnlich wie eine gemeinsame Schützengrabenmentalität. Identität heißt schließlich in erster Linie Abgrenzung nach außen, um zum Selbst zu finden. Aber es wird keine Attraktivität für andere daraus. Daran waren aber zumindest die Landesregierungen interessiert, wollten sie doch nicht nur die Unterstützung der Bevölkerung mehren, sondern auch Investoren anlocken und die Kaufkraft von Besuchern und Touristen ausnutzen.

Der rührige CDU-Ministerpräsident Meyers („der fixe Franz“) hat in den 60er Jahren nach der Staatswerdung die Staatsfindung durch Bürgerinnen und Bürger unterstützen wollen – durch Staatssymbole wie das Große Landeswappen, den Landesverdienstorden und durch Landesfeste. Mit der Schaffung einer Landeshymne drang er nicht durch, obwohl er zur Unterstützung seiner Ideen unermüdlich das ganze Land bereiste – in Anlehnung an die Praktiken mittelalterlicher Lehnsherren. Angesichts einhellig ablehnender öffentlicher Reaktionen verzichtete er 1960 auf diesen Gedanken. Aber Meyers hat sich ohne Frage um die Landesidentität verdient gemacht.

III.

20 Jahre später, zu Beginn der 80er Jahre, wurde unter Ministerpräsident Johannes Rau ein neuer Anlauf in Sachen Landesbewusstsein gestartet. NRW war 1982/83 an einem Wendepunkt. Im Bund hatte Helmut Schmidts sozialliberale Koalition Platz machen müssen für Helmut Kohls konservativ-liberale Regierung. Im Land hatte sich die Krise von Kohle und Stahl noch lange nicht gelöst. Bayern und Baden-Württemberg trumpften mit Erfolgen einer wirtschaftlich-technologischen Modernisierung auf, denen NRW hinterherlief. Johannes Rau hatte zwar 1980 mit 48,1 Prozent der Stimmen für die SPD eine ansehnliche Ernte eingefahren und brauchte keinen Koalitionspartner. Aber die Landes-SPD fiel bei der vorgezogenen „Wende-Wahl“ im Bund auf 42,8 Prozent zurück. Handlungsdruck war da.

Die Staatskanzlei gab eine Umfrage bei infratest in München in Auftrag, ob ein Landesbewusstsein existiere, das man ausbauen könnte. Hatte doch gerade Bayern mit CSU-Aufklebern und dem Spruch „Wir in Bayern“ sein Selbstbewusstsein demonstriert. Die Ergebnisse waren für NRW niederschmetternd: Man identifizierte sich nicht mit seinem Land, man bezeichnete sich

als Kölner oder Rheinländer, aber sicher nicht als Nordrhein-Westfale. Nur die Nahwelt – im Sauerland oder am Niederrhein, in Köln oder in Münster – ist noch heile Welt. Aber das Ruhrgebiet blieb weiter ein Problemfall: „Das Ruhrgebiet ist eine hässliche Gegend“ sagten 41 Prozent der Einheimischen und sogar 60 Prozent der Auswärtigen.

Man wollte etwas tun. Mit einem positiven, nach außen offenen Identifikationsangebot die kollektive Identität stärken, so formulierten in etwa die PR-Strategen. Praktisch umgesetzt wurde daraus der Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Darüber hinaus wurde ein ganzes corporate design der Landesregierung kreiert, die NRW-Symbolbuchstaben in den Landesfarben, das Land als Markenartikel; seitdem vielfach gezeigt in Anzeigenkampagnen und Autoaufklebern. Der „Kommunalverband Ruhr“ (KVR), ein Zweckverband der Ruhrstädte, startete eine ähnliche Anzeigenkampagne mit dem Slogan „Ein starkes Stück Deutschland“.

Insbesondere der Autoaufkleber mit dem Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“, konventionell kombiniert mit dem Landeswappen, ging jahrelang weg wie geschnitten Brot. Das Unausprechliche, das Bindestrichland war damit thematisiert: Und die Menschen bekannten sich dazu. „Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Wir sind fast 17 Millionen Menschen. Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gerne hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat.“ Dieser Auszug aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau vom 10. Juni 1985 stand später auf der Rückseite der Aufkleber. Ist das der Kern: die Vielfalt? Ist das nicht etwas schmal als Basis für Identität? Bedeutet das Modell Montana nicht mehr als buntes Land? Kein anderer Inhalt?

Sicherlich. Dennoch muss man einräumen, dass in den 80er Jahren der Durchbruch zu einer deutlichen Landesidentität zu beobachten war. Ob dies initiiert wurde durch die Kampagnen oder nur verstärkt, ob die Zeit einfach reif war dafür, wird heute niemand wirklich beweisen können. Immerhin versuchte es die CDU-Opposition im Lande im Wahlkampf 2000 wieder mit dem Wir-Gefühl, diesmal mit „Wir im Westen“. Ob dies nicht als eine Abgrenzung zum Osten missverstanden werden konnte, muss hier offen bleiben. Jedenfalls blieb der durchschlagende Erfolg aus.

IV.

Was hält also das Land zusammen? Was ist der Kitt zwischen der Vielfalt der Mosaiksteinchen? Jedenfalls ist es nicht eine einheitliche politische Kultur wie in Bayern mit einer flächendeckenden und seit der Landesgründung anhaltenden Dominanz einer Staatspartei, der CSU. Die CSU-Herrschaft in Bayern und die SPD-Dominanz in Nordrhein-Westfalen sind oft verglichen wor-

den. Aber dies führt in die Irre. Nicht nur wegen der viel ausgeprägteren, längerfristigen und tieferreichenden Macht der CSU, sondern insbesondere wegen einer ganz anderen Herrschaftstechnik. Gilt in Bayern die Devise der angelsächsischen Konkurrenzdemokratie: „the winner takes all“ – also auch alle Posten und Ämter, die zu vergeben sind, so gilt in NRW das Prinzip der Akkommodierung. Der berühmte, in den USA lehrende Politologe Arend Lijphart hat es in seinem Buch über die Niederlande mit dem Titel „The Politics of Accommodation“ (Berkeley 1968) geprägt. Proporz und Konkordanz kennzeichnen Politik und Gesellschaft, nicht Majoritätsdenken und Konkurrenz. Man kann accommodation übersetzen mit Anpassung und Übereinkommen, gütlicher Einigung und Versorgung. Und dieses Prinzip charakterisiert die Politik in vielen Demokratien, gerade den kleineren Europas, besser als das der Konkurrenzdemokratie.

Die Politik der Akkommodierung beginnt auf der kommunalen Ebene. In den meisten Großstädten wurde trotz Mehrheit einer Partei ein Proporz für die Aufteilung der Beigeordneten- oder Dezernentenstellen beibehalten. So wurde in den Ruhrgebietsstädten traditionell der Posten des Kämmerers und des Leiters des Rechts- und Ordnungsamtes an die CDU abgetreten. Kommunalpolitik sollte eben keine wirkliche Politik sein. Die wird weit weg in der Landes- oder Bundeshauptstadt gemacht. Hier herrschte noch das Prinzip der Selbstverwaltung. Eine solche Akkommodierung erstreckte sich aber auch auf viele weitere Positionen, die zu vergeben waren, ob das Schulleitungen oder Krankenhausspitzen, Sparkassenvorstände oder Direktionen städtischer Unternehmen waren. Und das führte schnell zum Vorwurf von Filz.

Auch oberhalb der Kommunen, auf der Ebene der Mittelinstanzen der Landesverwaltung, ist das gleiche Modell der Akkommodierung zu finden. Hier finden sich zwei konkurrierende Institutionen: die Regierungsbezirke und die Landschaftsverbände. Bezirksregierungen kennen auch andere Flächenländer, sie sind Aufsichts-, Bewilligungs- und Planungsbehörde im Auftrag der Landesregierung, also von oben gesteuert. Auch hier ist es in NRW immer üblich gewesen, dass die Opposition bei der Vergabe der Position der Regierungspräsidenten einbezogen wird. So gehört ihr der Münsteraner Regierungspräsident an. Ein NRW-Spezifikum sind die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, die eine Art kommunaler Zweckverbände sind – also von unten organisiert – und Aufgaben im sozialen, kulturellen und Verkehrsbereich wahrnehmen. Die Kommunen entsenden Vertreter in die „Landschaftsversammlung“, und so sind alle Parteien in ihren Gremien vertreten. Eine ähnliche Rolle, aber mit deutlich weniger Kompetenzen, spielt der „Kommunalverband Ruhrgebiet“ (KVR), auch hier ist die Opposition in die Willensbildung eingebunden.

Auch in der Landesregierung selbst war man lange bemüht, Spitzenbeamte der Opposition nicht vor die Tür zu setzen, sondern einzubinden, solange sie sich loyal verhielten. Und öffent-

lich respektierte Unionspolitiker, wie insbesondere der frühere Kultusminister Paul Mikat, wurden oft mit der Leitung von Kommissionen, mit Gutachten oder heiklen Missionen betraut, um die Akzeptanz der Politik zu vergrößern. Politik als Dialog mit der Gesellschaft war die Devise von Johannes Rau als Ministerpräsident. Einerseits war Rau ein Meister des persönlichen Gesprächs, der informellen Rede vor kleinen und großen Foren, der Pflege von Kontakten zu unzähligen Personen anlässlich von Geburtstagen, Jubiläen, Krankheiten. Andererseits stand aber ganz besonders die Pflege der organisierten Gesellschaft im Mittelpunkt. Kirchen, Verbände, Gewerkschaften, Vereine, Stiftungen und sonstige Organisationen galt es zu achten und zu beachten, eben zu akkommodieren.

Wie soll man also den speziellen Stil von Kompromiss und Proporz, von „Versöhnen statt spalten“, den in NRW Johannes Rau als Ministerpräsident virtuos beherrscht hat, erklären? Michel Albert (*Capitalisme contre capitalisme*, Paris 1991) hat Anfang der 90er Jahre die mitteleuropäische, kontinentale Version der Marktwirtschaft den „Rheinischen Kapitalismus“ genannt. Haben wir es in NRW mit einer speziellen Form des „Rheinisch-westfälischen Kapitalismus“ zu tun, der noch mehr auf Konsens, auf Montan-Mitbestimmung, auf sozialen Ausgleich setzt? Dieser wurde nicht etwa von der Sozialdemokratie erfunden, sondern schon in den 50er Jahren vom CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold etabliert, von der SPD und zuletzt von Johannes Rau höchstens perfektioniert. Oder ist es nur eine besonders effektive „Politikverflechtung“, wie sie der Kölner Politologe Fritz W. Scharpf analysiert hat oder etwa sein Kölner Soziologen-Kollege Erwin K. Scheuch als „Filz“ apostrophierte?

Das NRW-Modell Montana scheint am überzeugendsten mit der „Politik der Akkommodierung“ zu erklären sein. Und das niederländische Vorbild hat die alten Krusten der „Versäulung“ in seiner Gesellschaft abgeworfen und mit dem „Polder-Modell“ einen europäischen Politiktypus kreiert, der Wachstum und Innovation, Arbeitsplätze und sozialen Ausgleich miteinander vereinbart, ohne sich dem Neoliberalismus in die Arme zu werfen. Vielen Politikern im Lande, nicht zuletzt dem Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, schwebt vor, den Kern eines solchen Polder-Modells des Nachbarlandes auch zur Blaupause für die Modernisierung des Landes NRW zu machen.

V.

Für Nordrhein-Westfalen kann man, vorsichtig formuliert, vielleicht so resümieren: Nachdem durch die spezielle Gründungssituation des Landes eine intensive Beziehung nicht erwartet werden konnte, hat sich mittlerweile doch immerhin eine Art „Solidaritätsgefühl für NRW entwickelt, verhalten und ohne Leidenschaft, wie es der nüchternen Art des Landes entspricht“, wie

der kürzlich verstorbene Journalist und ehemalige Direktor des Norddeutschen Rundfunks Wolfram Köhler festgestellt hatte (Landesbewusstsein als Sehnsucht, in: Peter Hüttenberger (Hg.): Vierzig Jahre NRW, Düsseldorf 1986, S. 179). Dieses wird durch die parallele Existenz von lokalen und regionalen Bindungen nicht infrage gestellt, sondern im Gegenteil, gerade gestärkt. Das Übereinander, Nebeneinander, das wechselseitige Durchdringen und Bedingen dieser emotionalen Verankerungen stellt für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern gerade die Essenz dar.

Die Leitfrage nach der Identität von NRW lässt sich also am Schluss so beantworten: Bürgerinnen und Bürger in NRW haben nicht die eine Identität, sie haben mehrfache Bindungen – zu Stadt und Gemeinde ebenso wie zu ihrer Region und schließlich auch zu ihrem Land. Darüber hinaus fühlen sie sich natürlich auch noch als Deutsche und als Europäer. Es ist also mit der Identität wie mit der russischen Matroschka-Puppe. Die Identitätsfrage ist keine Alternative der einen oder keinen, sondern Identität besteht aus vielen Hüllen, die uns umgeben. Man kann sich als Kölner oder Dortmunder, als Rheinländer oder Westfale und eben auch als Nordrhein-Westfale oder Bayer fühlen, ohne eine dieser Identitäten aufgeben zu müssen.

War die Gründung des Landes aus den verschiedenen Teilen also eine Liebesheirat oder eine Vernunftehe? Vielleicht war und ist es doch eher ein nüchternes, aber herzliches Bratkartoffel-Verhältnis.

Literaturhinweise

Ulrich von Alemann/Patrick Brandenburg: Nordrhein-Westfalen. Ein Land entdeckt sich neu, (=Schriften zur politischen Landeskunde NRW, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd. 13), Köln 2000.

Landeszentrale für politische Bildung NRW (Hg.): NRW-Lexikon. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft – Recht – Kultur, Opladen ²2000.

Lutz Niethammer: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek 2000.

Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke: Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946-1996, (=Schriften zur politischen Landeskunde NRW, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd. 10), Köln 1996.

www.geschichte.nrw.de

www.nrw.de.